

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
11 - 12/2007 / Nr. 19

Die Hoffnung wächst Volksabstimmung immer wahrscheinlicher



Liebe Leser!

Nicht nur die auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs wird schon seit Monaten mit Leserbriefen zum Thema EU-Verfassung überhäuft.

Zahlreiche politisch unabhängige Organisationen, für die

Demokratie kein leeres Schlagwort ist, treten seit dem 18. Oktober d.J., an dem 200.000 Menschen gegen die Unterzeichnung des Reformvertrages demonstrierten, – übrigens, haben Sie in den Massen-Medien davon gehört oder gelesen? – mit der **Forderung nach einer Volksabstimmung** über diesen schicksalsschweren Vertrag für EU-Bürger massiv an die Öffentlichkeit.

Solche Zeichen stärken meinen Optimismus und nähren die Hoffnung.

Unerschütterliche Zuversicht ist das Wesentliche eines glücklichen Lebens.

Seneca, röm. Philosoph

Inhalt:

- Volksabstimmung Seite 1/ 2
- Parlamentsauflösung Seite 2/3
- Hintertür für EU-Verfassung Seite 3
- Entschuldigung bei HP Mayr. Seite 3
- EU-Mitfinanzierung Seite 3
- Kriegseinsatz - Tschad..... Seite 4
- Familie stärken..... Seite 4
- Arbeitslosenzahlen Seite 5
- Lesermeinung Seite 5
- Positives, Erfreuliches..... Seite 5/6
- Impressum Seite 6

Unser Bundesbüro bekam in den vergangenen Wochen ungewöhnlich viel Post zu diesem Thema. Tenor der meisten Zuschriften: Arbeitet doch mit anderen in dieser Sachfrage zusammen, damit der öffentliche Druck stark genug ausfällt, um eine Ratifizierung im Parlament zu verhindern oder positiv ausgedrückt, damit dem österreichischen Staatsbürger zu seinem Recht verholfen und eine Volksabstimmung möglich wird.

Aus der Sicht der NFÖ macht eine solche **zielorientierte Sach-Allianz** Sinn und der Vorstand wird jede gewaltfreie Aktion auf ihre Realisierbarkeit überprüfen – und ich versichere Ihnen, liebe Leser und sehr geschätzte Leserinnen, es wird dann nicht entscheidend sein, wer die Idee vorgebracht hat oder welchem parteilichen Lager er zuzuordnen ist.

Entscheidend wird sein, inwiefern eine Gruppe oder eine Einzelperson mit ehrlicher und nicht auf Eigennutz ausgerichteter Absicht sich **für die Volksabstimmung**, wie es die **österreichische** Bundesverfassung vorsieht – also nicht EU-weit – einsetzen wird.

bitte umblättern



Ohne Wärme und Licht könnten wir nicht leben...

Stellvertretend für viele wollen wir die schon seit über 15 Jahren uneigennützig und konsequent für Österreich arbeitende „Initiative Heimat und Umwelt“ (IHU) aus Zeiselmauer / NÖ erwähnen. Neu hat sich „Rettet Österreich“ (www.rettet-oesterreich.at) gegründet, die auch eine Volksabstimmung durchsetzen will.

Es wäre doch schön gewesen, wenn sie sich unserer erfolgreichen Unterschriftenaktion einfach angeschlossen hätte...?

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die eigene NFÖ-Position ist eindeutig: **Wir lehnen einen EU-Vertrag im Tarnkleid strikt ab**, der „im Auftrag eines übergeordneten Machtkartells den Weg in eine unkorrigierbare EU-Knechtschaft beschreiten will“, (wie es Dipl. Ing. Max Ortner in seinem offenen Brief an den Bundespräsidenten ausgedrückt hat und der in voller Länge auf Seite 2 abgedruckt ist).

Sollte sich allerdings eine Mehrheit der Österreicher – in freier Entscheidung und objektiv informiert – für den Lissabon – Vertrag aussprechen, so werden wir diesen Volksentscheid respektieren.

Nachdem dieses Nachrichtenblatt zum Jahresende in Ihr Heim flattert, möchte ich gerne die Gelegenheit nützen, Ihnen **für Ihre wertvolle Unterstützung und Mithilfe** in verschiedenster Weise **sehr herzlich zu danken**.

Großartigen Erfolg hat bereits jetzt schon unsere Petition zur Ablehnung der EU-Verfassung und der EU-Mitgliedschaft gebracht. Nach dem Aufruf im „Neues aus Österreich“ vom Oktober kamen über 2000 Unterstützungs-Unterschriften herein. Vielen Dank! Und wir wollen mit aller Kraft weitermachen, solange die Gefahr der Beschlussfassung im Parlament besteht.

Helfen Sie weiterhin mit!

Nun wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, **einen besinnlichen Advent, frohe Weihnachtsfeiertage** und, dass das neue Jahr für Sie friedlich und auf privater, beruflicher und gesellschaftlicher Ebene zufrieden verläuft.

*Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann*

Parlament gehört aufgelöst

(Offener Brief an den HBP Dr. Heinz Fischer)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident !

Sie sind als einziger Volksvertreter **von uns direkt gewählt** worden und daher **ausschließlich uns Staatsbürgern gegenüber verantwortlich** – nicht irgendeiner Ideologie, nicht irgendeiner Interessensgruppe, sondern ausschließlich uns und dem Wohl der gesamten Nation verpflichtet. Ja, Sie gelobten einstmalen feierlich, die daraus erwachsenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen!

Nunmehr droht uns eine todernste Gefahr, wenn – statt in einer bindenden Volksabstimmung Ihr Volk über eine derart souveränitäts-, ja demokratiegefährdende Verfassungsänderung entscheiden zu lassen, willfährige Parteiknechte über unser Schicksal gedankenlos bzw. im Auftrag eines „übergeordneten Machtkartells“ bestimmen und den nahezu unveränderten „Verfassungsvertrag“ nochmals auf den Weg in eine unkorrigierbare EU-Knechtschaft bringen wollen.“ **Hingegen hat Deutschlands Bundespräsident wegen verfassungsrechtlicher Bedenken den ursprünglichen Vertrag nicht einmal unterschrieben!**

Eine solche Volksabstimmung ist, nach vorausgegangener, wahrheitsgetreuer Aufklärung und Folgenabschätzung, gemäß unserer noch immer geltenden Verfassung, verbrieftes Recht, sohin zwingend erforderlich!

Sollten die vorgenannten, in den „Saftladen Parlament“ entsandten, mitverantwortlichen „Parteisoldaten“ unsere staatsbürgerlichen Rechte weiterhin mit Füßen treten, d.h. eine Volksabstimmung verhindern, wäre es **Ihre Pflicht und Schuldigkeit, ein derartiges „Parlament der Gegen- und Nicht-Volksvertreter“ umgehend aufzulösen!**

*Mit vorzüglicher Hochachtung und staatsbürgerlichen Grüßen,
Ihr DDipl.-Ing. Max Ortner.*



*Max Ortner
Salzburg*

*„Wer glaubt,
dass die EU den Frieden sichert,
glaubt auch,
dass ein Zitronenfalter
Zitronen faltet.“*

Kommentar aus diepresse.at, 1.10.2007



Suchen Sie ein passendes Geschenk ... ?

- * Schenken Sie jemandem, der Sie braucht, eine Stunde Ihrer Zeit,
- * schicken Sie jemandem, der betrübt ist, ein paar ermunternde Zeilen,
- * erfreuen Sie jemanden, der niedergeschlagen ist, durch einen Trost spendenden Besuch,
- * bringen Sie jemandem, der krank ist, eine warme Mahlzeit ins Haus,
- * gönnen Sie jemandem, der kürzlich seinen Partner verloren hat, ein mitfühlendes Wort,
- * erweisen Sie jemandem, der leicht übersehen wird, eine Freundlichkeit.

(aus „Ein Geschenk, das weiterlebt“
von Charles R. Swindoll)

EU-Verfassung durch die Hintertür



Helmut Schramm,
Wien

Weiterentwicklung angelegt. Die Bestimmung IV-445 ermöglicht laut Verfassungsrechtsexperten Prof. Dr. Karl Schachtschneider vereinfachte **Änderungen dieses Grundlagen-Vertrages durch bloßen Beschluss der Staats- und Regierungschefs**, also des EU-Rates, ohne völkerrechtliche Mitentscheidungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten. Das EU-Parlament wird dazu nur angehört, die nationalen Parlamente werden überhaupt nicht einbezogen.

Mit großer Erleichterung haben wir die Abstimmungsergebnisse in Frankreich und Holland aufgenommen, doch jetzt steht zu befürchten, dass nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages die EU zügig über die Köpfe der betroffenen

Bürger hinweg in Richtung eines verfassungsrechtlich einzementierten Bundesstaates umgebaut wird. Die oben genannte Bestimmung macht das möglich. Zu diesem Zweck wurde sie in den neuen EU-Vertrag auf offenbar demokratiaverachtende Weise eingefügt.



Schauen Sie nicht zu, wie es brennt. Helfen Sie unserer Heimat Österreich. Sie soll nicht ihre Freiheit und Unabhängigkeit durch den Vertrag von Lissabon endgültig verlieren!

Verdrehte Halbwahrheiten auf Plakatwänden

Es ist bestenfalls die halbe Wahrheit, dass Projekte durch die EU „kofinanziert“ (mitfinanziert) werden. In Wirklichkeit verteilen die EU-Volksvertreter **das Geld der Mitgliedsländer insbesondere der Nettozahler**, die EU hat ja selbst kein Geld. In Zukunft könnte sich das allerdings ändern.

Mit Hilfe des Lissabon-Vertrags wird die Möglichkeit geschaffen, EU-Steuern einzuheben! Und man gebe sich nicht der

Illusion hin, dass in der Folge an einer anderen Stelle Abgaben gekürzt werden. Die EU-Bürger müssen dann halt noch tiefer in ihre Taschen greifen, um den Korruptionsstadel EU zu finanzieren.

Wir hatten ja einen Brüssel-unterworfenen Bundeskanzler, der vertrat häufiger die Interessen von EU-Nettoempfänger-Länder als die österreichischen und war ein begeisterter Verfechter von eigenen EU-Steuern.



So wirbt die EU auf vielen Plakatwänden auf Steuerzahlerkosten für sich und für ihre Pseudo-Unterstützung.

Kriegsbeteiligung im Tschad

Die Aufgabe unseres Bundesheeres ist nicht die Kriegsbeteiligung außerhalb Österreichs sondern die Verteidigung seiner Grenzen! Wenn „Kriegsminister“ Darabos österreichische Soldaten in das Bürgerkriegsgebiet des Tschad versendet, so verstößt er eklatant gegen **unser**

Neutralitätsgebot. EU-Vertreter Norbert Darabos und sein Regierungschef scheuen sich nicht davor, in typischem Kriegsminister-Stil mit Verdrehungen und Lügen den Einsatz österreichischer Soldaten als humanitär und friedensichernd notwendig darzustellen. In Wirklichkeit

geht es um die Unterstützung der „kolonialen“ Interessen Frankreichs und die Erprobung der Soldaten für spätere Kriegseinsätze wie sie sich aus den Verpflichtungen im Lissabon- und Nizza-Vertrag ergeben.

Die NFÖ protestiert gegen einen Bundesheer-Einsatz im Tschad!!

„Kriege sind Beschäftigung vor allem für junge Männer, die keine Perspektive haben.“

Michael Brzoska, Politikwissenschaftler

Familie stärken



In der Gesellschaft werden fast alle Leistungen honoriert. Die wichtigste, die Erziehung der Kinder durch ihre Eltern, vor allem durch die Mutter, wird nicht honoriert.

Unsere politische Initiative NFÖ will diese Ungerechtigkeit und Familienfeindlichkeit ehestens beseitigt sehen.

Wir treten für **ein Erziehungsgeld mit Versicherungsschutz ein**, das so hoch ist, dass keine Mutter gezwungen ist, aus existenziellen Gründen einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

In den ersten Lebensjahren **ist Liebe und Geborgenheit die allerwichtigste Grundlage** für ein späteres erfülltes Leben in einer friedlichen Gesellschaft. Daher unterstützt das Initia-

tive Neutrales Freies Österreich jenes Familien-Volksbegehren, das die neue politische Bewegung „Die Christen“ einleiten wollen (Sammlung der 8000 Unterstützungserklärungen).

Das Formular dafür ist auf unserer Netzseite www.nfoe.at erhältlich oder kann über unsere Postfach-Adresse: 6010 Innsbruck, Postfach 110 angefordert werden.

Bewusste Fälschung und massive Verzerrung der Arbeitslosenzahlen



*Veronika Lindinger,
OÖ*

Eine von der Arbeiterkammer OÖ in Auftrag gegebene Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes und ein Artikel in den OÖ-Nachrichten vom 22.11.2007 zeigen auf:

Es kommen massive, bewusste Täuschungen in der offiziellen Beschäftigungsstatistik zustande und zwar folgendermaßen: Kinderbetreuungsgeldbezieher, Präsenz- und Zivildienstler sowie Personen, die sich in Altersteilzeit befinden und gerade den Freizeitblock konsumieren, werden als beschäftigt gezählt.

Außerdem berücksichtigt die Arbeitslosenstatistik nur Personen, die unmittelbar zur Vermittlung beim AMS gemeldet sind, das heißt, Personen in Schulungen, Arbeitslose im Krankenstand und Lehrstellensuchende scheinen in der offiziellen Statistik **überhaupt nicht auf**. Daraus ergibt sich, dass die effektive Quote der Beschäftigungslosen 6,6 Prozent statt der offiziellen 4,3 Prozent nach EU-Berechnungsmethoden und noch einmal um ca. 3 % höher nach österreichischer Berechnung (wie sie bis 1994 üblich war) beträgt!

Schon der britische Staatsmann Winston Churchill sagte: Traue keiner Statistik, außer der, die du selbst gefälscht hast!

ZUR INFORMATION:

Wer von den Oberösterreichern an einem Erfahrungsaustausch oder an einer Mitarbeit in der NFÖ-Landesgruppe Interesse hat, den ersucht die Stelly. Bundesobfrau Veronika Lindinger, sie unter der NFÖ-Adresse: ooe@nfoe.at, oder telefonisch unter 7613-3697 zu kontaktieren.

*Ihre Postadresse lautet:
4663 Laakirchen,
Stelzerstraße 7/ 4.*

Drei wesentliche Voraussetzungen für jede VOLKSABSTIMMUNG:

- angemessene Zeit für öffentliche Diskussion,
- gleich viel Raum /Zeit in allen Massenmedien pro + contra
- keine Stellungnahmen von Regierungsvertretern (Exekutive).

Siegfried Eder, Schriftführung NFÖ,
gewählt auf der Bundesversammlung am 25. 11. 2007 in Bad Schallerbach

Lesermeinungen

Reformvertrags-Erlebnisse in Wien oder Versuch eines Bürgers, von einem NR-Abgeordneten eine zufriedenstellende Antwort zu erhalten

Im Bezirksparteisekretariat frage ich nach dem Namen eines Nationalratsabgeordneten, mit dem ich über die EU-Verfassung sprechen könnte. Der Beamte nennt mir Namen und Telefonnummer. Die Telefonnummer ist falsch, die richtige erfrage ich im Parlamentsklub.

Die Sekretärin des Abgeordneten gibt mir einen Termin: 11 Uhr 30 im Parlament. Pünktlich treffe ich den Abgeordneten. Er erklärt mir, dass er jetzt keine Zeit hätte, aber wahrscheinlich in einer Viertelstunde zurückkäme. Es vergeht eine Viertel-, eine halbe Stunde. Nach einer Stunde kommt er und versucht mich stehend, direkt beim Haupteingang abzufertigen.

„Aber können wir nicht in's Büfett gehen?“ „Ja, natürlich, gehen Sie durch die Schleuse, hinauf in's Büfett, ich komme nach“.

Ich warte im Büfett, der Abgeordnete kommt nicht. Nach einer halben Stun-

de gehe ich zurück durch die Schleuse zur Rezeption. Man telefoniert. „Der Abgeordnete schickt einen Mitarbeiter“, erfahre ich. Der Mitarbeiter kommt und geht mit mir durch die Schleuse hinauf in's Büfett. Er weist mir einen Tisch zu und verschwindet, Ich bestelle Kuchen und Kaffee. Nach einer weiteren Viertelstunde kommt der Abgeordnete.

„Herr Abgeordneter, die EU-Verfassung wurde von Frankreich und Holland abgelehnt. Wieso will man sie den Völkern jetzt aufzwingen?“

„Ohne den Reformvertrag kann man die 27 Staaten nicht führen!“ „Es heißt, EU-Recht geht vor nationales Recht. Das bedeutet doch, dass das ein wesentlicher Eingriff in unsere Verfassung ist. Da muss es doch eine Volksabstimmung geben!“

„Die Volksabstimmung erübrigt sich. Bei der Volksabstimmung im Jahr

1994 wurde implizit auch über die Verfassung abgestimmt!“

„Aber damals hat doch kein Mensch von einer EU-Verfassung gesprochen!“ **Keine Antwort.**

Mit dem mulmigen Gefühl, dass dem Abgeordneten anscheinend die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland egal sind, verlasse ich das Parlament.

Eben sagt ein Fachmann im Radio, dass der EU-Reformvertrag nur von Rechtsexperten gelesen werden kann. Und so etwas will man über die Köpfe der Völker beschließen?
(*Observator, Wien*)

Nach diesen Erlebnissen muss man den Eindruck bekommen, dass Abgeordnete Bürger als „lästige Fliegen“ betrachten.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...



Warum wohl hat die Schweizerische Volkspartei einen so großen Erfolg bei den Parlamentswahlen am 21. 11. 2007 erzielt?

Sie ist entschlossen für die Unab-

hängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz und für die Direkte Demokratie eingetreten.

Am meisten hat sie sich durch ihre Europa-Politik profiliert, wodurch sie in 12 Jahren von der kleinsten zur

größten Bundesratspartei aufgestiegen ist. Die SVP will weder einen EU-Beitritt noch eine NATO-Annäherung zulassen und bekämpft energisch Gewalt, Kriminalität und Asylmissbrauch.

Italien: Künftig nur mehr 12 statt 35 Ministerien

Die Regierung Prodi setzt ihren Kampf um die Reduzierung der Kosten der Politik fort. Der Senat billigte anfangs November einen Artikel des Haushaltsentwurfes, der eine deutliche Kürzung der Ministerien vorsieht. Im nächsten Kabinett soll die Zahl der Ministerien von 35 auf 12 schrumpfen!

Auch bei den Unterstaatssekretären möchte man sparen. Die nächste Regierung soll inklusive Unterstaatssekretären aus maximal 60 Mitgliedern bestehen, derzeit sind es 105.

Für die Reduzierung der Ministerien stimmten 160 Senatoren, dagegen 155. Ziel des Maßnahmenpakets ist es, die Ausgaben im politischen System um mindestens zehn Prozent zu reduzieren. (Quelle: ORF online, 9. 11. 2007)

Wenn das für die oft geschmähten, italienischen Verhältnisse möglich ist, warum nicht für österreichische?

Man bedenke, die Schweiz hat 7 Mio. Einwohner und 7 Bundesräte (Minister), Österreich dagegen hat 8 Millionen und 13 Minister und zusätzlich einen Bundespräsidenten („Ersatzkaiser“).

Wird Österreich wirklich besser regiert als die Schweiz?

Agressiver Türke hat sich entschuldigt



HP. Mayr
Tirol

Eine positive Entwicklung hat es zwischenzeitlich nach dem Angriff eines türkischstämmigen Mannes auf Dr. Mayr Hans-Peter gegeben.

Wie bereits berichtet, hatte der Täter den Juristen Mayr Anfang September in Kitzbühel erkannt, ihn auf sein Volksbegehren zum Thema Türkei-Beitritt angesprochen und ihn danach in einem Restaurant beschimpft, bedroht und geschlagen.

Mittlerweile hat sich der Täter, der unmittelbar nach der Tat im Stadtgebiet Kitzbühel von der Polizei festgenommen werden konnte und gegen den gerichtliche Vorerhebungen laufen, bei HP Mayr gemeldet und sich in aller Form bei ihm entschuldigt.

Zudem hat der Täter Murat K. diese Entschuldigung bei einem gemeinsamen Gespräch nochmals schriftlich hinterlegt und dabei auch festgehalten, dass ihm die ganze Sache sehr leid tue und er einfach ausgerastet sei, weil es sich schon lange über die politischen Aktivitäten von Hans-Peter Mayr in der Türkei-Frage geärgert habe.

Dr. Hans-Peter Mayr hat die Entschuldigung angenommen und hofft, dass sie ehrlich gemeint war und nicht nur mit einer noch über dem Täter schwebenden Bewährungsstrafe aufgrund einer früher verübten Gewalttat zusammenhängt. „Die Entschuldigung hat ehrlich und aufrichtig geklungen und wird selbstverständlich von mir akzeptiert“, so HP Mayr.

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Helfen Sie uns auch weiterhin beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften gegen die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages im Parlament. (Petitionslisten anfordern.)

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

.....

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.

Grazer Gemeinderatswahl 2008

Auf der ao. Bundesversammlung in Bad Schallerbach wurde der Beschluss gefasst, zur Grazer Gemeinderatswahl 2008 am 20. Jänner anzutreten.

Wir wünschen dem Grazer NFÖ-Team viel Erfolg und bitten unsere Leser um Unterstützung in jeder erdenklichen Form.

Kontaktadresse: Heimo Madritsch: stmk@nfoe.at,
Tel.: 0650-3007200



Vorbesprechung für die ao. Bundesversammlung der NFÖ
in Bad Schallerbach am 25.11.2007